

# Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst (ohne der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Dringens) monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5. - Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Dr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.  
**Sprechstunde:** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Dr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.  
Verlagszeitung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6 gespaltene Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdener Volkszeitung.

Nr. 30.

Dresden, Donnerstag den 6. Februar 1913.

24. Jahrg.

**Morgen kommt im Reichstage der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrechts in den deutschen Bundesstaaten zur Beratung.**

Am Schluß einer Rede in Königsberg gab sich Wilhelm II. der Illusion hin, daß das Volk freudig bereit sei, weitere Militärausgaben auf sich zu nehmen.

In Straßburg suchte gestern ein wegen Inzurechnungsunfähigkeit entlassener Justizminister seine Inzurechnungsunfähigkeit dadurch zu beweisen, daß er mit einem gefälschten Kaisertelegramm die ganze Stadt um den Verstand brachte.

Der Abrianoopol gewonnen die Bulgaren einige wichtige Positionen.

Die Serben sollen bei Skutari eine Niederlage erlitten haben.

## Das angebliche Zentrumsangebot.

Unsere Auffassung über das angebliche Angebot, das ein Zentrumsführer der Sozialdemokratie für die als wahrscheinlich hingestellte Reichstagsauflösung gemacht haben soll, bezieht sich vollst. Es handelt sich lediglich um ganz private Bemerkungen, die ein Zentrumsmann gemacht hat. Jedem welche Bedeutung das der Angelegenheit nicht beigemessen werden.

Die Germania, das Berliner Zentrumsblatt, bezieht die Meldung der Frankfurter Zeitung „als einen dummen Schwundel“. Das ist aber nicht der Fall, die Germania wäre mit solchen Behauptungen vorläufiger sein und sich erinnern, daß auch 1907 Zentrumsführer, ohne daß sie es für nötig hielten, bei den Internationals der Germania anzufragen, über die Verhältnisse bei der Sozialdemokratie in Vorfall geredet haben. Ein „dicker Schwundel“ liegt nicht vor, wohl aber ist, wie bemerkt, der Angelegenheit eine weit übertriebene Bedeutung beigelegt worden. Der betreffende Vorfall kann schon deshalb keine Bedeutung haben, weil die Sozialdemokratie auch im Ernstfalle ganz gewiß nicht daran denken würde, sich auf irgendwelche Vereinbarungen mit dem Zentrum, dem die Opposition doch nur heuchlerische Maske ist, einzugehen.

Zufänglich sprechen sich auch andere Zentrumsführer, die wirklichen Einfluß haben, gegen die in vielen Blättern behauptete Krisenmacherei aus. Julius Bachem fragt in einem Artikel des Tag: „Sind wir in den Grundstagen?“ Nachdem wendet sich gegen die „Ausgeburt einer überreizten Phantasie“, gegen die Gerüchte, daß das Zentrum auf eine Reichstagsauflösung hinarbeite. Er macht dann folgende Ausführungen, die zur Beleuchtung der politischen Ausichten beizutragen geeignet sind:

„Warum sollte das Zentrum zu einer Reichstagsauflösung streben? Seine Position ist doch auch im gegenwärtigen Reichstag nicht schlecht, wenn es sie zu wahren versteht... Und warum sollte gerade wegen der Militärvorlage eine Reichstagsauflösung kommen? Ein Zentrumsmitglied, welches wegen dieser Unzulässigkeit mit einer führenden Persönlichkeit der Sozialdemokratie in Verbindung stünde, würde sich, von allem anderen abgesehen, dem Vorwurf der Verrätherheit aussetzen...“

Die Militärvorlage ist noch nicht da; man weiß nicht, welche Forderungen sie stellt, und wie sie eventuell finanziell gedeckt werden soll. Wäre man also die Vorlage ab und unterlasse sie dann einer gesunden Prüfung. Einer solchen wird sich das Zentrum ebensowenig entziehen wie irgendeine andere der nationalen Parteien des Reichstags. Das Zentrum hat Grund, ausgiebigen Grund zur Vorsicht mit der Regierung, aber es wird das Reich und das Land das nicht entgegen lassen. Das verlangt das allgemeine Wohl, und auch das eigene Interesse des Zentrums verlangt es. Von den Führern des Zentrums ist zudem ausdrücklich erklärt worden, daß die Reaktion sich zweifelloser Staatsnotwendigkeiten unter keinen Umständen verweigern werde.

Diese Äußerungen zeigen ohne Zweifel die wirkliche Stimmung in den Zentrumskreisen viel besser als jenes Auflösungsgerede. Das Zentrum wird vermutlich bei der Beratung der kommenden Militärvorlage ein bishier abzuhandeln versuchen, um sich im katholischen Volke als Schützer gegen übermäßige Ansprüche des Militarismus aufzuweisen. Es wird auch diese oder jene Gegengabe von der Regierung einzuhandeln eifrig bemüht sein. Es wird vor allem auch alles daran setzen, daß die Finanzierung der neuen Vorlage nach seinen Wünschen eingerichtet wird. Dies bedeutet aber noch keineswegs, daß das Zentrum im Konflikt mit der Regierung steht. Und ebensowenig ist anzunehmen, daß Herr von Bethmann-Hollweg eine Lexisatormache, wie sie der Schaumann-Wälow im Dezember 1906 veranstaltete, slavisch zu wiederholen Lust haben sollte. Da dürfte in der Tat Dr. Wälow recht haben, daß die Schwierigkeiten der auswärtigen Politik für den Reichstagler noch auf lange Zeit viel zu groß sind, als daß er einen Konflikt künstlich herbeizuführen Neigung haben könnte.

Gewiß, die politische Situation ist äußerst ungeklärt und unsicher. Die wechselnden Mehrheitsverhältnisse im Reichstag, der Gegenlag zwischen Reichstag und preußischer Junterpolitik, die Jesuitenfrage, die angekündigte Militärvorlage, die Lösung der Besteuerungsfrage, das alles trägt vielerlei Verantwortungsteine und Konfliktpunkte in sich. Aber am allerwenigsten hat die Sozialdemokratie irgend einen Anlaß, sich an der Gerüchtmacherei, die leicht auf so ungewissen politischen Situationen erwächst, nervös zu betätigen. Die Sozialdemokratie kann die Entwicklung der Dinge mit äußerster Kaltblütigkeit beobachten. Die Arbeiterklasse soll jederzeit bereit sein, einen neuen gewaltigen Reichstagswahlkampf zu kämpfen. Aber an dem Hin- und Hergerate unruhiger Zeichendeuter brauchen wir uns nicht zu beteiligen.

## Heeringen bleibt.

Wie nützlich es ist, den mannigfaltig aufklärerischen Gedankten zu trauen, zeigt das amtliche Dementi vom angeblichen Rücktritt des Kriegeministers v. Heeringen. Die Militär-Politische Korrespondenz hatte den Rücktritt Heeringens als sicher und nahe bevorstehend gemeldet. Die Meldung erschien auch wahrscheinlich, da v. Heeringen sich in einer sehr eigentümlichen Lage befindet wird, wenn er die neue Militärvorlage, deren Ergebnisse alle seine Vorberagungen und Zusagen wagen soll, vor dem Reichstag vertreten soll. Und dennoch, er soll bleiben! Aus dem Kriegsministerium wird mitgeteilt, daß die genannte Korrespondenz seit Jahren nicht offiziell geheißen wurde; dann wird erklärt: „Damit fallen auch die Mitteilungen über die Amtsmäßigkeit des Herrn Kriegeministers als haltlos in sich zusammen.“

## Wer trägt die Schuld an der Junkerherrschaft?

„Die Wetterzeichen deuten auf Sturm. Befestigung oder Zerstörung der Junkerherrschaft — um diese Frage drehen sich im Kern der Sache die jüngsten Auseinandersetzungen im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus. Die schweren Niederlagen des Junkerregiments im Reichstag peinigten die Wut der junkerlichen Wortführer auf bis zur Sinnlosigkeit. Sie hatten für den beschlossenen Antrag auf Erlass eines Gesetzes zur Anebenung des Koalitionsrechts nur 53 Stimmen aufgebracht; zur Verteidigung der hatatistischen Polenpolitik fanden sich, trotzdem da noch die Nationalliberalen sich auf die Seite der Junker schlagen, nur 97 Mann zusammen. Der junkerliche Grimm darüber ist begreiflich. Bezeichnend für diese Sippe ist es, daß ihr Woll sich nicht im Reichstag, sondern im preußischen Dreiklassenhaus entlud, wo der junkerliche Mut künftigen einer größeren Anzahl von Selbstadretoren an Spannkraft gewinnt. Und wie von unserer Seite es im Reichstag vorausgesetzt wurde, ist aus dem Gegenlag des preußischen Wahlrechts zu dem des Reichs ein tiefgehender Zwist entstanden; die preußischen Junker haben dem Reich die Hölle angesetzt: die Preußen, die Reich! Die Junkerherrschaft, die Volksherrschaft! Das sind die Federworte, die vernünftig hervorbrachten aus den Debatten im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus. Dafür zu sorgen, daß sie auch den kommenden Kämpfen ihr Gepräuge ausdrücken, ist Aufgabe der Sozialdemokratie.“

Der Kampf gegen das herrschende Junkertum und seine bürokratischen Handlanger in den Regierungsämtern wäre heute schon ein gewonnenes Spiel, wenn diejenigen Parteien, die die Interessen des Bürgertums wahrnehmen wollen, ihre zeitweilige Opposition gegen das Junkerregiment zu einem folgerichtigen und entscheidenden Kampf gegen diesen Hort des Rücktritts an der Seite der Sozialdemokratie ausgestalten, wenn sie vor allen Dingen mit uns zusammen alles daran setzen würden, um zunächst das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, mindestens im Umfang des Reichstagswahlrechts, auch für Preußen zu erringen.

Dafür liefern gerade die Abstimmungsverhältnisse bei dem Mißtrauensvotum des Reichstags wegen der preußischen Entleiungspolitik gegenüber den Polen den schlagendsten Beweis. Für das Mißtrauensvotum erklärten sich 218 Abgeordnete, dagegen 97; es enthielten sich 43 der Abstimmung. Aber diese 43 muß man zu den Gegnern der Entleiungspolitik selbst zählen. Für die 39 Mitglieder der Fortschrittspartei wurde das ausdrücklich erklärt, wenn sie auch aus Justizbedenken für das Mißtrauensvotum nicht stimmen wollten. Außer ihnen haben noch zwei süddeutsche Bauernverbände, der schweizerische Antifemite Gräse und der Graf Posa d'oro 27 sich der Abstimmung enthalten. Sicher sind sie indes nicht zu den Anhängern der Entleiungspolitik zu rechnen. Für diese Politik traten also nur 97 Mitglieder ein, dagegen 206.

Noch überzeugender wirkt es, wenn man die Wählerkreise betrachtet, die hinter jenen Abstimmungsbifferenzen stehen. Wenn man selbst den Antifemiten in Bayern sowie die Wähler des Grafen Posadowski, die an seiner Stelle wohl auch einem nationalliberalen hatatistischen ihre Stimmen gegeben hätten, zu den Anhängern der preußischen Polenpolitik rechnet, dann stellt sich die Gesamtrechnung so:

Für die Polenpolitik der Regierung 3 673 796 Stimmen  
dagegen 8 533 733  
unter insgesamt 12 207 529

bei den allgemeinen Wahlen im Januar 1912. In Prozenten umgerechnet ergibt das 30 Prozent der Wähler für und 70 Prozent gegen die hatatistische Regierungspolitik.

Für den preußischen Wahlrechtskampf ist diese Abstimmung aber deshalb so symptomatisch, weil das Eintreten für und gegen den hatatismus sich genau deckt mit der Stellung der Parteien für und gegen die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen, wenigstens, was die programmatischen Erklärungen der Parteien anbetrifft. Zweifelhaft ist höchstens, ob nicht auch unter den Wählern der hatatistischen Parteien noch manche Segner des Dreiklassenwahlrechts sind. Das Stimmenverhältnis verschiebt sich auch nur unwesentlich, wenn man aus der Zahl der Stimmen im Reich die preußischen herauszieht. Dann ergeben sich 32 Prozent für und 68 Prozent gegen die Regierungspolitik. Von den preußischen Stimmen hätten aber Junkertum und Reichsregierung gleichfalls nicht einmal ein Drittel für sich.

Wenn aber in einem Staate mehr als zwei Drittel der Bevölkerung eine Regierungspolitik mißbilligen oder ein bestimmtes Wahlrecht beurteilen, so würde bei einem verfassungsmäßigen Regime die Regierung zur Amisniederlegung genötigt sein, und das Wahlrecht müßte geändert werden. Im Deutschen Reich gilt allerdings diese konstitutionelle Regel nicht. Wohl aber wird sich auch hier ein Regierungssystem nicht lange halten können, das eine starke Zweidrittelmehrheit gegen sich hat.

Daraus erklärt sich die Wut der Junkersippe. Sie selbst will im Landtag die Macht ausüben nach konstitutionellen Grundsätzen, die sollen aber beiseite nicht gelten für den Reichstag. Herr v. Kardorff proklamierte deshalb ein preußisch-deutsches Staatsgrundgesetz mit doppeltem Boden: „Wir verlangen, daß die preußischen Stimmen im Bundesrat sich unserer Auffassung anschließen“ — was er weiterhin ergänzte durch den Satz: „Wir warnen die Regierung, insofern, wie wollen die Regierung scharf machen, daß sie keiner Reichstagsmehrheit nachläßt. Ein Parlament muß geführt werden.“

Der Doppeltrede kurzer Sinn ist also der: die preußische Regierung und die Reichsregierung in ihrem Gefolge haben der Führung des preußischen Abgeordnetenhauses zu folgen. Die von preußischen Abgeordneten geführten Reichstagsminister müssen sich aber stets dem Reichstag widersetzen, wenn er eine Politik einschlägt, die den preußischen Junkern nicht in den Kram paßt. Herr Otto v. Redlich bekräftigte dann die Kardorffsche Maxime noch durch den stürklichen Ausdruck, das Mißtrauensvotum des Reichstags sei genau so belanglos, als wenn er beschloffen hätte, die Sonne solle nicht mehr scheinen.

Diese ganze junkerliche Grobheit würde durch das Geschick des deutschen Volkes erstickt werden, wenn, ja wenn nur den bürgerlichen Parteien es ernst wäre mit ihrer Opposition gegen das Junkerregiment. Die junkerlichen Wortführer können sich aber ihre Herausforderungen erlauben, weil sie stets wieder auf die Bundesgenossenschaft der nämlichsten bürgerlichen Parteien rechnen können, die eben noch ihnen die Zähne gezeigt haben. Das Zentrum läßt die konterbittige Partei nicht fallen, weil sie mit ihr zusammen agrarische Politik treiben will. Die Freisinnigen wiederum betrachten alle politischen Vorgänge unter dem Gesichtswinkel der Konkurrenz mit dem Zentrum.

Wäre es dem Zentrum und den Freisinnigen ernst mit ihrer Opposition gegen Regierung und Junkertum, so würden sie jene beispiellose Herausforderung ihrer Wortführer im preußischen Abgeordnetenhaus dadurch beantworten, daß sie an der Seite der Sozialdemokratie einen entscheidenden Kampf aufnehmen zur Erringung des Reichstagswahlrechts für Preußen, einen Kampf auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Die Wahlen für den Reichstag sowohl wie für den preußischen Landtag müßten unter dieser Parole ausgesprochen werden. Nachher, wenn der Sieg errungen, die Junkerherrschaft gebrochen und die Wahlreform durchgeführt ist, würde es für beide Parteien immer noch Zeit sein, das was sie von der Sozialdemokratie trennt, im Kampfe gegen sie im Reich und Staat zur Geltung zu bringen.

Aber man braucht die Frage nur so zu stellen, um sich klar darüber zu werden, daß eine solche zielsetzende und tatkräftige Bundesgenossenschaft unmöglich ist, eben wegen des Wesens der bürgerlichen Parteien, die dafür in Betracht kommen. Das Zentrum läßt sich lieber die hatatistische Polenbestäubung und selbst das Jesuitengesetz trotz allen Wurtens andauernd gefallen, ehe es seinem agrarischen Bundesgenossen das Genid brechen hilft. Aber auch die Freisinnigen möchten zwar den Schwarzbauern Block in eine Minorität drängen, aber nur, um mit den Nationalliberalen zusammen die Entscheidung in die Hand zu bekommen, so daß sie entweder für imperialistische Zwecke mit den Schwarzbauern oder mit den Sozialdemokraten für liberale Zwecke eine Mehrheit bilden können. Zentrum wie Liberale oder Freisinnigen gleichmäßig, daß sie selbst der Sozialdemokratie nicht mehr handhaken können, wenn die Macht des Junkertums gebrochen ist. So ist die Reghaftigkeit des Bürgertums Schuld an der Fortdauer der Junkerherrschaft.